

# Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.  
Ausgabe 2025 | 1

**Volksabstimmungen vom 9. Februar 2025**  
Die Vorlagen in der Übersicht.

**Rückblick Parteitag 09.01.25**  
Der Auftakt in den Wahlkampf ist geglückt.



**Die Mitte**  
Kanton Solothurn

Editorial

Liebe Parteikolleginnen und -kollegen  
Liebe Leserinnen und Leser

Unser Kanton steht vor grossen Herausforderungen. Dass die finanzielle Lage angespannt ist, haben Sie alle mitbekommen. Die Herausforderungen in den Bereichen: Soziales, Bildung und Sicherheit nehmen stark zu. Unser Kanton braucht Lösungen. Lösungen, die uns vorwärtsbringen und nicht zum Stillstand führen. Lösungen die Mehrheitsfähig sind, Lösungen, die die wirklichen Probleme anpacken und Lösungen für den Mittelstand. Lösungen für uns alle! Damit solche Lösungen vermehrt zustande kommen, muss unsere Partei stärker werden. Wir müssen Wähleranteile gewinnen und wollen sowohl im Regierungsrat wie auch im Kantonsrat zulegen.

Damit Gesetze mehrheitsfähig werden, braucht es unsere wertvolle Arbeit, die leider häufig wenig Beachtung findet. Es sind oft die Polparteien, welche mit ihren ideologischen und extremen Haltungen zwar präsent sind, aber nun wirklich gar nichts zu Lösungen beitragen.

Das ist auch beim bevorstehenden Abstimmungssonntag vom 9. Februar gut zu erkennen. Die Linken fordern einen kantonalen Mindestlohn, welcher absurd ist und einzelne Wirtschaftszweige gefährden würde und die Rechten bekämpfen das wohl bürgerlichste und liberalste Energiegesetz, welches überhaupt möglich war, einfach weil Energiegesetze aus Prinzip bekämpft werden.

Unsere Partei hat mit Edgar Kupper einen der erfahrensten Kantonspolitiker für den Regierungsrat nominiert. Er kennt unsere Gemeinden und unseren Kanton von der Pike auf. 8 Jahre Bürgergemeindepräsident, 12 Jahre Gemeindepräsident, 14 Jahre Kantonsrat, Familienvater, einen Hochschulabschluss und Führungserfahrung in den unterschiedlichsten Funktionen, das alles sind Punkte, welche Edgar Kupper auszeichnen und für das anspruchsvolle Amt befähigen.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz bei den bevorstehenden Wahlen für unsere Partei, damit Sandra Kolly wieder in den Regierungsrat und Edgar Kupper neu in den Regierungsrat gewählt werden und die jeweiligen Kantonsratslisten in den Amteien an Wähleranteil zulegen.

**MITTENAND** werden wir die Wahlen 2025 gewinnen!

Herzlich

Patrick Friker



2 Persönlich. 2025|1

Patrick Friker  
Kantonsrat  
Präsident Die Mitte Kanton Solothurn

# Der Wahlkampfleiter hat das Wort

Liebe Parteikolleginnen und -kollegen

Am 9. März 2025 entscheidet sich die politische Zukunft des Kantons Solothurn. In einer zunehmend polarisierten politischen Landschaft braucht es Vertreter, die ambitionierte, umsetzbare und sozialverträgliche Lösungen entwickeln und durchsetzen. Dies ist entscheidend für eine zukunftsorientierte Politik, die sowohl bodenständig als auch visionär ist.

Leider erleben wir immer wieder, wie ideologische Allianzen von rechts und links versuchen, Fortschritt zu blockieren. Bislang konnten wir solche Versuche erfolgreich abwehren. Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, ist ein starkes Ergebnis bei den kommenden Wahlen unabdingbar. Nur so können wir weiterhin eine stabile und nachhaltige Politik sicherstellen.

## Starke Köpfe im Regierungsrat

Im Regierungsrat sind keine Entertainer, Traumtänzer oder einseitige Interessenvertreter gefragt, sondern erfahrene, führungsstarke Persönlichkeiten mit sozialer Kompetenz. Mit **Sandra Kolly** und **Edgar Kupper** verfügt Die Mitte über zwei herausragende Kandidierende, die diese Anforderungen erfüllen. Sie stehen für Stabilität, klare Führung und Ausgewogenheit.

Ein Beispiel: Mit einer Doppelvertretung der Mitte wären der Massnahmenplan des Regierungsrats besser geplant, effektiver kommuniziert und ausgewogener gestaltet worden. Diese Überzeugung basiert auf der jahrelangen Zusammenarbeit mit Sandra und Edgar, die ihre Qualitäten bereits vielfach bewiesen haben.

## Zukunft im Kantonsrat gestalten

Neben einer starken Vertretung im Regierungsrat ist auch eine gestärkte Fraktion im Kantonsrat essenziell. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten bringen das nötige Wissen, die Erfahrung und den Willen mit, den Kanton Solothurn in eine positive Zukunft zu führen – im Interesse aller Einwohnerinnen und Einwohner.

## Mittenand für den Erfolg

Wir werden mittenand alles daransetzen, dass dieser Tag für Die Mitte Kanton Solothurn ein Erfolg wird. Dafür zählen wir nicht nur auf den Einsatz unserer Kandidierenden, sondern auch auf Ihre Unterstützung. Mobilisieren Sie unsere Basis, sprechen Sie in Ihrem Umfeld über unsere Anliegen und helfen Sie uns, diese Botschaft zu verbreiten.

## Mittenand können wir gewinnen – und mittenand werden wir gewinnen!



**Patrick Schlatter**

Kantonsrat, Wahlkampfleiter  
Oberdorf

# JA zum Energiegesetz

Die Mitte Kanton Solothurn steht hinter der Totalrevision des kantonalen Energiegesetz, weil damit eine vernünftige umwelt- und klimaschonende Energienutzung unterstützt wird, die möglichst auf Anreize und Förderung setzt.

Die meisten gesetzlich definierten Anreiz- und Fördermassnahmen basieren auf einer Kann-Formulierung, was der Vorlage die nötige und von den Stakeholdern gewünschte Flexibilität ohne Zwang verleiht. Die Versorgungssicherheit kann erhöht und die energetische Sanierung von Gebäuden kann verstärkt angegangen werden, was auch für die Wirtschaft eine positive Auswirkung hat.

**Freiwilligkeit  
statt Verbote**

**JA zum  
Energiegesetz**

Volksabstimmung  
vom 09.02.25

**Die  
Mitte**

4 Persönlich. 2025|1

Ebenfalls werden die erneuerbaren Energien, Fernwärmeverbände, Biomasse-Heizkraftwerke und Biogasanlagen gestärkt. Dies verringert die Abhängigkeit von importierter Energie und die Gebäude und Anlagen werden energieeffizienter.

Zukünftige Neubauten werden einen Beitrag zur Deckung des Eigenbedarfs leisten und bidirektionale Ladestationen für die E-Mobilität können unterstützt werden, ohne diese zu verpflichten.

Das Energiegesetz wird an die zahlreichen Entwicklungen der vergangenen Jahre in den Bereichen Energie, Klima und Technik angepasst. Damit wird die gesetzliche Grundlage aktualisiert, um die aktuellen und künftigen Herausforderungen in der Energie und Klimapolitik bewältigen zu können.

Die Finanzierung erfolgt wie bis anhin über einen Teilertrag aus der Gewässernutzung gemäss dem bestehenden kantonalen Gesetz. Die entsprechenden Budgets für die Anreiz- und Förderinstrumente werden durch den Kantonsrat bewilligt. Ebenfalls beteiligt sich der Bund an den Kosten für die Fördermassnahmen im Gebäudebereich, basierend auf der CO<sub>2</sub>-Abgabe.



**Edgar Kupper**  
Regierungsratskandidat  
Laupersdorf

## Die wichtigsten Eckpunkte des neuen Energiegesetzes:

- **Zusätzliche Fördermassnahmen** unterstützen neue Gemeinschaftsanlagen zur Energieversorgung und machen Gebäudesanierungen noch attraktiver.
- **Für die Projektierung** von neuen Fernwärmeverbänden, Biomasse-Heizkraftwerken und Biogasanlagen werden Anschubhilfen ermöglicht.
- **Ein Anreizsystem für den Einbau von Photovoltaikanlagen** zur Erzeugung von Winterstrom wird aufgebaut, damit ökonomischen Nachteilen bei der Winterstromerzeugung entgegengewirkt werden können.
- **Mit dem geplanten Förderprogramm Ladeinfrastrukturen** für E- Mobilität können bidirektionale Ladeinfrastrukturen gefördert werden. Gesetzlich vorgeschrieben ist lediglich die Installation von Leerrohren in Neubauten.
- **Bei energetischen Sanierungen von Teilen der Gebäudehülle** und gleichzeitigem Einbau einer Anlage zur Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien, kann dies mit Beiträgen aus einem Bonusprogramm gefördert werden.
- **Bei Wind- und Solaranlagen** wird neu die zuständige kantonale Behörde die Planungs- und Baubewilligungsbehörde sein, aber immer unter zwingender Berücksichtigung der Anliegen der betroffenen Gemeinden.
- **Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen** betrieben werden, sollen auch zukünftig nicht verboten werden. Deren Neuinstallation, bzw. Ersatz, ist unter Einhaltung eines CO2 Grenzwertes auch weiterhin möglich.
- **Eigenstromerzeugung bei Neubauten:** Der vorgeschlagene Wert wird auf 10 Watt pro Quadratmeter Energiebezugsfläche festgelegt. Selbstverständlich werden Ausnahmen gewährt, wie z. B. bei technischer Unmöglichkeit.
- **Breite Ausnahmebestimmungen** wurden in die Vorlage aufgenommen z. B. bei unverhältnismässigen Härtefällen.

**Die Gegenargumente des Referendumskomitees sind in weiten Teilen an den Haaren herbeigezogen und halten dem Faktencheck in keiner Art und Weise stand.**

Hier finden Sie den  
Faktencheck



# NEIN zur Mindestlohninitiative

**Am 9. Februar 2025 stimmen wir über die «Mindestlohn-Initiative» ab, welche vom Initiativkomitee am 19. März 2024 mit 3'740 beglaubigten Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht worden ist.**

Das Initiativbegehren wurde als Gesetzesinitiative in Form einer Anregung eingereicht und fordert, dass ein kantonaler Mindestlohn fixiert werden soll. Dieser soll 23 Franken brutto pro Arbeitsstunde betragen. Hinzu sollen Ferien- und Feiertagsentschädigungen kommen. Weiter soll der Mindestlohn jährlich gemäss der Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden, sofern sich diese positiv entwickelt.

Die Initianten begründen einen Mindestlohn damit, dass viele Angestellte in der Reinigungsbranche, im Detailhandel, in der Gastronomie, im Garten- und Landschaftsbau und in Coiffeur-Salons bei einer Vollzeitarbeit Löhne von weniger als 4'000 Franken erhalten würden. Der Mindestlohn soll zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen und vor Armut trotz Erwerbstätigkeit schützen.

Die Wirkung von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung bzw. auf die Arbeitslosigkeit gehört zu den umstrittensten und den häufigsten untersuchten Themen im Bereich der Arbeitsmarktökonomie. Eine wirklich eindeutige Aussage zu einem positiven Beschäftigungseffekt von Mindestlöhnen kann anhand der empirischen Studien jedoch nicht gemacht werden.

So kennen bis heute denn auch lediglich fünf Kantone einen Mindestlohn: Jura, Genf, Neuenburg, Tessin und Basel-Stadt. Bei einer Annahme der «Mindestlohn-Initiative» würde der Kanton Solothurn mit 23 Franken pro Stunde den zweithöchsten kantonalen Mindestlohn einführen. Nur der Kanton Genf kennt einen höheren Mindestlohn – derzeit 24.32 Franken. Zudem würden im Kanton Solothurn gemäss des Initiativtextes noch Ferien- und Feiertagsentschädigungen dazukommen. Und der Mindestlohn soll jährlich gemäss der Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden, sofern sich diese positiv entwickelt.

**Das Initiativkomitee und eine Minderheit des Kantonsrates ist der Meinung, dass es die Einführung eines Mindestlohnes aus folgenden Gründen braucht:**

- Mit der Einführung eines kantonalen Mindestlohnes würden die Arbeitnehmenden vor Dumpinglöhnen geschützt. Zustände des "Working Poor" könnten dadurch verhindert werden.
- Einzelne Kantone, die einen kantonalen Mindestlohn eingeführt haben, berichten über positive Erfahrungen.
- Ein kantonaler Mindestlohn unterstützt das verfassungsmässige Sozialziel, dass jeder seinen Unterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten kann.
- Ein Mindestlohn ist aus sozialpolitischen Gründen wichtig und kann die Sozialwerke entlasten. Es wäre mit positiven Auswirkungen auf den kantonalen Arbeitsmarkt zu rechnen.

**Der Regierungsrat sowie eine grosse Mehrheit des Kantonsrates lehnen hingegen einen kantonalen Mindestlohn ab:**

- Wir verfügen über ein seit Jahren bewährtes und austariertes System der sozialpartnerschaftlichen Lohnverhandlungen, der Kontrolle und ausreichender Instrumente für die Bekämpfung von allfälligen Missbräuchen. Hierfür ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht notwendig.
- Die allermeisten umliegenden Kantone verfügen ebenfalls über keinen gesetzlichen Mindestlohn. Abwanderungstendenzen von Firmen und Aufträgen können deshalb nicht ausgeschlossen werden, dies mit entsprechenden nachteiligen Folgen für den kantonalen Arbeitsmarkt. Nachteilige Auswirkungen wären auch bei der Verfügbarkeit von Praktikumsplätzen, Ferienjobs und Berufslehren nicht auszuschliessen.
- Ausweichtendenzen im Mindestlohnsegment in die Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit können sich durch die Einführung eines Mindestlohnes verstärken.
- Es besteht das Risiko

Auswirkungen auf die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn

**Fazit:**

Die möglichen Nachteile und Risiken, die mit einem kantonalen Mindestlohn einhergehen könnten, werden als zu hoch eingeschätzt. Ein Mindestlohn stellt auch kein geeignetes Mittel gegen die Armutsbekämpfung dar. Eine funktionierende und gelebte Sozialpartnerschaft mit Kontrollinstrumenten ist einem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn eindeutig vorzuziehen.

Deshalb empfehle ich Ihnen überzeugt ein NEIN zur «Mindestlohn-Initiative».



**Sandra Kolly**  
Frau Landammann  
Neuendorf



**am 9. Februar**



## Umweltverantwortung kommt nicht mit einem Verfassungsartikel

### NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» verlangt, dass die Schweiz in zehn Jahren nicht mehr Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freisetzt, als die Erde hergibt. Bei erster Betrachtung klingt das nach einer Selbstverständlichkeit – gerade für unsere Partei, die sich der Generationengerechtigkeit verschrieben hat, die Schöpfung erhalten und den Kindern eine intakte Umwelt hinterlassen will. Schaut man genauer hin, stellt man aber fest, dass es nicht wirklich um die Umwelt geht, sondern schlicht um den Umbau der Gesellschaft.

Abgesehen vom sehr akademischen Ansatz der «planetaren Grenzen» liegt die Initiative nämlich jenseits jeglicher Umsetzbarkeit. In zehn Jahren den Ressourcenverbrauch von heute 2.8 Erden auf 1 Erde zu reduzieren, würde heissen, dass wir Verbote und Vorschriften einführen müssten, die sehr einschneidend wären. Letztlich müsste man wohl eine Art Konsumverzicht bei der Bevölkerung einfordern – was sicherlich weit ausserhalb der Mehr-

heitsfähigkeit liegen würde. Und vor allem würde die Verteuerung der Produkte vor allem die wirtschaftlich Schwächeren treffen, was sozial absolut unverträglich wäre.

Und diese wirtschaftlich Schwächeren würde es auch treffen, wenn Arbeitsplätze verschwinden, weil gewisse Produkte in der Schweiz nicht mehr hergestellt werden können. Die Initiative ist insgesamt also viel zu einseitig: Sie fokussiert auf die Umwelt, vergisst dabei aber komplett die beiden anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit, nämlich die Wirtschaft und die Gesellschaft.

Für die Jungen Grünen mag diese Aussicht auf eine radikal umgebaute Gesellschaft (eine Verzichtsgesellschaft quasi) reizvoll sein. All jene Menschen in diesem Land, welchen Sicherheit, Freiheit und Wohlstand wichtig ist, dürften aber jenen Weg bevorzugen, den ich und unsere Partei seit Jahren gehen: Die Reduktion der Umweltbelastung durch gezielte Massnahmen in verschiedensten Bereichen und auf allen föderalen Ebenen.

Die Jungen Grünen machen nämlich beispielsweise eine komplette Fehlüberlegung, wenn sie behaupten, wir hätten in der Schweiz sauberes Wasser oder saubere Luft dank dem Verzicht, den sie einfordern. Sauberes Wasser stellen die Wasserversorgungen – in den Gemeinden – her. Und da braucht es bei weitem nicht in jeder Gemeinde dieselben Massnahmen. Und auf Bundesebene richten wir die Gesetze so ein, dass die Wasserversorgungen Rahmenbedingungen vorfinden, um das saubere Wasser herstellen zu können: Schutz-zonen in der Raumplanung, Pestizid-reduktion in der Landwirtschaft, Subventionen für die Abwasserreini-gung. Das sind Massnahmen, welche unsere Lebensgrundlagen erhalten.

Umweltpolitik ist Arbeit mit dem Skalpell, nicht mit dem Vorschlag-hammer.

Unter dem Strich ist die Umweltver-antwortungsinitiative also ein Etiket-tenschwindel. Sie spielt zwar mit ei-nem Begriff, gegen den man ja nicht sein kann, ist aber absolut unumsetz-bar, es sei denn, man baue die ganze Gesellschaft um. Ein solches Exper-iment ist in niemandem Sinne und die Initiative deshalb klar abzulehnen.



**Stefan Müller-Altarmatt**

Nationalrat

Herbetswil

**Unsere Parolen**  
für die Volksabstimmungen vom 09.02.2025

**JA**  
zur Totalrevision des Kantonalen Energiegesetzes

**NEIN**  
zur Mindestlohn-Initiative

**NEIN**  
zur Umweltverantwortungsinitiative

**Die Mitte**  
Kanton Solothurn

# Rückblick Parteitag 09.01.25



# Mittenand stark!



Kolumne

## Die Flucht in die Infoblasen

Zum Abschied meiner Funktion als Redaktor des Persönlich darf ich erstmals diese Kolumne selber schreiben. Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, um einen Gedanken aus meinem demnächst erscheinenden Buch «Leben heisst kommunizieren» zu publizieren.

«Auch in der Schweiz verbreiteten sich Infoblasen immer stärker. Gemeint ist damit folgendes: Eine zunehmende Anzahl Menschen wollen nur noch das hören, was ihre Meinung bestärkt. Solche Leute sind für andere Argumente völlig verschlossen. Ein Dialog mit ihnen ist ein Gespräch mit Gehörlosen. Das ist für eine Demokratie langfristig schlicht tödlich. Vor allem für eine Demokratie wie die schweizerische. Denn unser Mehrparteiensystem kann nur funktionieren, wenn mehrere Parteien bereit sind, aufeinander zuzugehen und den guteidgenössischen Kompromiss zu suchen. Denn das ist die Basis unserer Politik. Leider werden aber Kompromisse immer häufiger mit dem Adjektiv «faul» ergänzt. Auch wenn sie durchaus sinnvoll sind. Vor allem Links und Rechts profilieren sich mit ihren Standpunkten und verteidigen sie durch alle Böden bis zur Volksabstimmung. Und dann gibt es keinen Entscheid und all die jahrelangen Verhandlungen waren schlicht für die Katz.

Ausserdem befassen sich immer weniger Menschen vor Abstimmungen mit allen Aspekten einer Vorlage. In ihren Leserbriefen wird vor allem klar, dass sie von unserem Politiksystem schlicht keine Ahnung haben. Ein Beispiel aus dem Vorfeld der Abstimmung für die Engpassbeseitigung auf Autobahnabschnitten. Diese wären ja durch einen separaten Topf finanziert worden, der auch von den Benutzenden bezahlt wurde. Deshalb kommen sie auf die Idee, dieses für die Autobahnen zweckgebundene Geld zur Finanzierung der 13. AHV-Rente zu verwenden. Dass das schlicht ungesetzlich ist, interessiert diese in einer Blase Lebenden nicht im Geringsten.»



**Ueli Custer**

Langjähriger Redaktor "Persönlich"  
Lommiswil

## Agenda:



Die tagesaktuelle Agenda findet man unter:  
[so.die-mitte.ch/events](https://so.die-mitte.ch/events)

## Adressen:

### Präsident Die Mitte Kanton Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A  
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26  
[patrick.friker@bluewin.ch](mailto:patrick.friker@bluewin.ch)

### Geschäftsführer Die Mitte Kt. Solothurn

Marius Winistörfer, Telefon 076 815 41 12  
[sekretariat@so.die-mitte.ch](mailto:sekretariat@so.die-mitte.ch)

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsli  
4552 Derendingen  
Konto CH06 8080 8009 8230 7524 5

### Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6,  
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91  
[ackermann@bercom.net](mailto:ackermann@bercom.net)

### Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Joël Müller, Dorfstrasse 6, 4715 Herbetswil  
[joel.mueller@diejungemitte-so.ch](mailto:joel.mueller@diejungemitte-so.ch)



### Die Mitte Kt. Solothurn im Internet:

[so.die-mitte.ch](https://so.die-mitte.ch)

[sekretariat@so.die-mitte.ch](mailto:sekretariat@so.die-mitte.ch)

## Impressum

**Redaktion** Marius Winistörfer

**Herausgeber** Die Mitte Kanton Solothurn

**Gestaltung und Realisation** Marius Winistörfer

**Druck** Dobler Druck, Olten